

Entwicklungspolitik

Für mehr Stabilität und Sicherheit in der Welt

0. Inhalt

1. Vorwort

2. Die Entwicklungspolitik der CDU

3. Entwicklungspolitische Aufgaben in einer globalisierten Welt

4. Entwicklungspolitik der unionsgeführten Regierung

1. Vorwort

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kennzeichnet eine bisher nicht gekannte weltweite Verflechtung die Beziehungen der Staaten und Gesellschaften. Der technische Fortschritt hat die Menschen, ihre Kulturen und Volkswirtschaften zusammenrücken lassen. Die globale Kommunikation, der internationale Handel mit Waren und Dienstleistungen und die weltweiten Kapitalströme sind sprunghaft angestiegen. Die so genannte Globalisierung ist eine prägende Entwicklung unserer Zeit. Dabei profitiert Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft von dieser Entwicklung, die für uns neue Partner und Märkte geschaffen hat.

Viele Ereignisse der letzten Jahre machen deutlich, wie sehr neben der ökonomischen auch die politische, soziale und ökologische Abhängigkeit der Völker untereinander gewachsen ist. Noch nie gab es bessere Möglichkeiten, in andere Länder zu reisen, dort zu leben und zu arbeiten. Die Welt ist intensiver vernetzt als jemals zuvor in unserer Geschichte.

Doch damit wirken sich auch gewalttätige Konflikte, Misswirtschaft, Armut, soziale Gegensätze, Seuchen oder Umweltzerstörung immer stärker auf die Sicherheit und Stabilität ganzer Regionen oder der internationalen Völkergemeinschaft aus. Vor diesem Hintergrund haben die Gegebenheiten und Vorgänge in den Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern für die Industrieländer, für Europa und Deutschland, erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Folgen sich verschärfender Entwicklungsprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika können im Zuge der Globalisierung Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa unmittelbar gefährden. Im Zeitalter der

Globalisierung ist jedes Land unser Nachbar. Diese Tatsache muss zukünftig in jedem Politikfeld berücksichtigt werden.

Wir können unsere Augen nicht vor den Geschehnissen in den anderen Teilen der Welt verschließen. Wohlstand und Sicherheit werden nicht mehr allein in Deutschland geschaffen und durch Deutschland gewährleistet. Deutschlands Unternehmen erwirtschaften einen Großteil ihrer Profite durch den Export ihrer Waren auf die Weltmärkte und durch umfangreiche Auslandsinvestitionen auch in Entwicklungsländern. Etwa eine Million deutsche Staatsbürger leben im Ausland. Deutschland selber ist Zuzugsziel für viele Ausländer. Deutschland hat keine Möglichkeit, sich zu isolieren und sich auf sich selbst zu beschränken, denn dafür sind wir – nicht zuletzt wirtschaftlich – viel zu intensiv und eng mit den anderen Staaten der Erde verbunden. Deshalb ist es in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder – Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Seuchen, Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall – mitzuwirken.

2. Die Entwicklungspolitik der CDU

Entwicklungszusammenarbeit ist für die CDU ein zunehmend wichtiges, eigenständiges Politikfeld, das auf drei Säulen ruht:

- der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes,
- der Abwehr globaler Gefahren,
- der Stärkung unserer strategischen, politischen wie wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnerschaften.

Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern. Dabei muss Deutschlands Entwicklungspolitik sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch unseren Interessen gerecht werden, denn Entwicklungspolitik ist für uns keine Einbahnstraße, sondern eine strategische Partnerschaft.

Die Entwicklungspolitik der CDU entspringt also nicht nur einer moralischen Verpflichtung, die aus unserer christlich geprägten Weltanschauung resultiert. Entwicklungspolitik dient auch der Verfolgung unserer außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen. Sie ist ein Instrument zur Bewahrung und zum Transfer von Stabilität, zur langfristigen Krisenprävention und Krisenbeilegung, zur Eindämmung von Extremismus, Kriminalität, Terrorismus und zum Erhalt der Schöpfung. Zudem kann Entwicklungszusammenarbeit den deutschen Außenhandel flankieren.

Allerdings dürfen die Ansprüche an die Entwicklungspolitik nicht zu hoch gesetzt werden. Entwicklungszusammenarbeit ist kein Allheilmittel zur Lösung der Probleme dieser Welt. Doch Entwicklungszusammenarbeit kann dazu beitragen, die richtigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung zu setzen.

Unsere Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik.

Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus. Wir begreifen Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe zur Selbsthilfe.

Entwicklungspolitik ist zudem ein wichtiges Instrument zur Förderung der Stellung Deutschlands in der Welt. Sie befördert den fruchtbaren Kulturaustausch, stimuliert die Hochschul- und Wissenschaftskooperation, intensiviert die wirtschaftlichen Beziehungen und stärkt so auch unsere Wirtschaft auf potenziellen Zukunftsmärkten.

Wir wollen die internationale Arbeitsteilung zwischen den Geberländern – auch in der EU – weiter verbessern. Dies bedeutet aber nicht, unkritisch jedem internationalen Trend wie

etwa der direkten Budgethilfe zu folgen und bewährte deutsche Grundsätze der Entwicklungspolitik aufzugeben.

Wir setzen uns ein für eine bessere Kohärenz unserer Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik sowie der Auswärtigen Kulturpolitik, für eine Erhöhung der Effizienz unserer entwicklungspolitischen Instrumente sowie für die Stärkung einer guten Regierungsführung und der Selbsthilfekräfte in den betroffenen Ländern und Regionen. Dies verlangt eine Konzentration der entwicklungspolitischen Maßnahmen auf bestimmte Länder und Sektoren.

Zugleich müssen alle in der Entwicklungshilfe Tätigen – die Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen – noch intensiver eingebunden und gefördert werden. Den politischen Stiftungen kommt eine herausgehobene Rolle bei der Förderung des Staatsaufbaus, der Förderung von Rechtsstaatlichkeit, von Parlaments- und Parteienberatung, demokratischer Grundsätze sowie der Durchsetzung der Menschenrechte in Entwicklungsländern zu. Die Nichtregierungsorganisationen können oftmals auch da wirken, wo die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr arbeiten kann. Langfristige und nachhaltige Entwicklung ist zudem nicht ohne eine funktionierende Privatwirtschaft möglich. Deshalb sprechen wir uns auch für eine intensive entwicklungspolitische Kooperation mit der Privatwirtschaft aus. Auch die zivil-militärische Zusammenarbeit muss ohne alle ideologischen Scheuklappen intensiviert werden, denn ohne Sicherheit ist keine dauerhafte Entwicklung möglich.

Wir stehen dafür, die Mittel für die deutsche öffentliche Entwicklungszusammenarbeit gemäß unserer internationalen Verpflichtungen auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Eine quantitative Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit muss aber mit einer Steigerung der Effizienz des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern einhergehen.

Auch wenn sich die deutsche Entwicklungspolitik den Ruf erworben hat, selbstkritisch, seriös und frei von kurzfristigem Eigeninteresse zu sein, müssen wir uns davor hüten, wirtschaftliche Erfolge (ehemaliger) Entwicklungsländer vorrangig dem Engagement Deutschlands oder der anderen so genannten Geberländer zuzuschreiben. Entwicklungspolitik kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Ohne Eigenverantwortung und Eigen-

initiative der betroffenen Staaten ist keine dauerhafte Entwicklung möglich. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die für eine dauerhafte Entwicklung nötigen Rahmenbedingungen wie Rechtsstaatlichkeit und die Beachtung der Menschenrechte, ohne die kein nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Erfolg denkbar ist.

3. Entwicklungspolitik in der globalisierten Welt

Entwicklungspolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Regionen und Sektoren große Erfolge verbuchen können. Viele vormals arme Länder nutzten die Chancen der Globalisierung und können eine wirtschaftlich beeindruckende Entwicklung vorweisen. In vielen Entwicklungsländern nahm die Lebenserwartung der Menschen erheblich zu, ebenso die Einschulungsquoten und Alphabetisierungsraten. Das Bevölkerungswachstum hat sich weltweit verlangsamt und mehr Menschen als je zuvor leben in Staaten mit demokratischen Regierungssystemen.

Globalisierung eröffnet Chancen für die weltweite Überwindung von Armut und Entwicklungsrückstand. Zugleich erschwert Globalisierung die Abschottung von Staaten nach außen und damit die Systemsicherung von Despoten. Globalisierung kann damit den Prozess der Demokratisierung befördern. Dies allein sind noch keine hinlänglichen Voraussetzungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, doch haben vor allem Beispiele aus Ostasien gezeigt, dass freie Marktwirtschaften starke Demokratisierungstendenzen entfalten können. Nicht alle Marktwirtschaften sind Demokratien, doch alle Demokratien sind heute Marktwirtschaften.

Allerdings hat die Globalisierung neben den bedeutenden Chancen auch die Entwicklungsrisiken für die ärmeren Länder deutlicher hervortreten lassen: Die Einkommensschere zwischen Industrie und Entwicklungsländern und innerhalb der Entwicklungsländer ist größer geworden. Krasse Ungleichverteilungen in Vermögen und Einkommen, Ineffizienz des Staates, Korruption, schwache Bildungssysteme und eine bedrohliche Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wirken in vielen Ländern als tickende Zeitbomben. In manchen Regionen, insbesondere Afrikas, machen Kriege und Bürgerkriege jahrzehntelange Entwicklungsbemühungen zunichte.

Weder ein ungezügelter Manchester-Kapitalismus noch ein Rückfall in sozialistische Experimente sind geeignete Instrumente, um die Globalisierung zu gestalten. Vielmehr wollen wir die soziale Marktwirtschaft auch international als Ordnungsrahmen verankern. Die soziale Marktwirtschaft gewährleistet den Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Reich und Arm, zwischen Starken und Schwachen.

Freier Handel sowie internationaler Wettbewerb sind die entscheidenden Voraussetzungen für globales Wirtschaftswachstum, doch müssen sie unter vergleichbaren und fairen internationale Wettbewerbsbedingungen stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und der Welthandelsorganisation zu verbessern. Sie sind geeignet, die Gestaltung einer freien und menschlichen Weltordnung voranzubringen.

Eine internationale soziale Marktwirtschaft könnte als Grundlage einer globalen Ordnungspolitik stärker und bewusster als bislang Globalisierung gestalten. Dabei dürfen die Gesetze und Kräfte des freien Marktes nicht ausgehebelt werden – wohin Planwirtschaft und staatlicher Dirigismus führen, mussten Millionen Menschen leidvoll erfahren. Doch es ist nötig, die Kräfte der Wirtschaft und des Marktes zu zügeln, um einen Rahmen zu schaffen, in dem möglichst viele Menschen von wirtschaftlichen Fortschritten profitieren können. Wer Sicherheit – die Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand – im außen- wie auch im sozialpolitischen Sinn will, muss sich über die eigenen Grenzen hinaus engagieren und in die internationale Zusammenarbeit eine ökonomische, finanzielle, soziale und ökologische Dimension einfließen lassen.

4. Entwicklungspolitik der unionsgeführten Regierung (2005 – 2009)

Die gewachsenen internationalen Herausforderungen an die Entwicklungspolitik – die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung, der Wurzeln des Terrorismus, von Staatsverfall, Menschenrechtverletzungen und Umweltzerstörungen – stellen die deutsche Politik vor schwierige Herausforderungen. Unter der rot-grünen Regierung wurde der Entwicklungsetat kontinuierlich gesenkt. Zudem fehlte es an Initiativen, um die Effizienz der deutschen Entwicklungspolitik stärken. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurde zu Lasten der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit geschwächt. Dabei hatte

Rot-Grün versäumt, dafür Sorge zu tragen, dass diese hinlänglich effektiv und der Einfluss Deutschlands in ausreichendem Maße gesichert war.

Unter der CDU-geführten Bundesregierung hat die Entwicklungszusammenarbeit endlich wieder das politische Gewicht erhalten, das für diesen wichtigen Politikbereich angemessen ist. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel wird die Entwicklungspolitik erstmals in der Geschichte Deutschlands als Zukunftspolitik begriffen und gestaltet. Nie zuvor stand Entwicklungszusammenarbeit auf der deutschen politischen Agenda so hoch oben.

Folgendes hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits erreicht:

- Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die deutsche Entwicklungspolitik enorm an Bedeutung gewonnen. In vier Jahren konnte der Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um 2 Milliarden Euro erhöht werden. 2005, dem letzten Jahr der Regierung Schröder, betrug der BMZ-Haushalt 3,93 Milliarden Euro. 2009 wird er deutlich über 5,9 Milliarden Euro betragen! Das ist eine Steigerung von 50 Prozent binnen vier Jahren. Damit ist Deutschland derzeit der weltweit zweitgrößte Geber nach den USA.

Diese Steigerung ist Bundeskanzlerin Merkel zu verdanken. In sieben Jahren rot-grüner Regierung hatte es die auch heute noch im Amt befindliche Entwicklungsministerin von der SPD nicht geschafft, den Haushaltsansatz aus dem Jahr 1998 auch nur zu halten. Diese Erhöhung der Entwicklungsgelder unterstreicht den festen Willen von Bundeskanzlerin Merkel, das international gegebene Versprechen zu erreichen, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden.

- Insbesondere für Afrika, dessen Menschen besonders unter Armut, Not und Krankheiten wie AIDS leiden, stellt die CDU-geführte Bundesregierung mehr Geld zur Verfügung. Hilfe für unseren Nachbarkontinent ist auch in unserem nationalen Interesse, denn Elend und Gewalt in Afrika betreffen auch uns in Europa und Deutschland – nicht zuletzt durch wachsende Flüchtlingsbewegungen oder durch einen von Not und Elend ausgelösten Raubbau an der Natur, der auch für uns Folgen hat.
- Die CDU-geführte Bundesregierung hat auch international dazu beigetragen, die Entwicklung Afrikas auf der Tagesordnung zu halten. So war durch deutsche

Initiative Afrika ein Schwerpunktthema beim Treffen der acht führenden Industrienationen in Heiligendamm im Juni 2007.

- Es ist dem Druck von CDU und CSU zu verdanken, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Großen Koalition auch regionale Schwerpunkte setzt, anstatt Geld weiter nach dem Gießkannenprinzip über eine sehr hohe Zahl von Entwicklungsländern zu verteilen. Damit ist nun ein effektivere Verwendung der eingesetzten Mittel möglich.
- Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2007) brachte enorme Fortschritte in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission haben sich verpflichtet, zukünftig ihre Entwicklungspolitiken enger aufeinander abzustimmen. Das unkoordinierte Nebeneinander zahlreicher Entwicklungsprojekte unterschiedlicher Geber, das viele Entwicklungsländer überfordert, soll damit zurückgeführt werden.
- Das Anliegen der CDU, gute Regierungsführung in das Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit zu rücken, hat die Bundesregierung durch ein neues Handlungskonzept umgesetzt. Der Kampf gegen Korruption, gegen Misswirtschaft und Missbrauch öffentlicher Ämter sowie für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden zukünftig wieder stärker als Bestimmungsfaktor der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum Tragen kommen.
- Nicht zuletzt ist die CDU die Gewähr dafür, dass nicht zu viele Mittel der Entwicklungszusammenarbeit über die so genannte Budgethilfe abfließen. Wir vertreten die Auffassung, dass dieses Instrument nur unter sehr strengen, eng gefassten Auflagen genutzt werden darf, da ansonsten die Gefahr des Missbrauchs zu groß ist.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit finanziell wieder auf den richtigen Weg gebracht. Zugleich betonen wir, dass auch Entwicklungszusammenarbeit von Werten geleitet sein muss. Im internationalen Wettbewerb ordnungspolitischer Konzepte steht die CDU für eine internationale Verankerung der sozialen Marktwirtschaft sowie für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte.